



Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



Landesbudget: „Es gibt immer eine Alternative!“

Aus der Budgetrede von KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler

Es gab Zeiten, da hatte das Wort „Reform“ in der Steiermark eine positive Bedeutung, weil sich die Menschen darunter zu Recht eine Verbesserung ihrer Lebensumstände erwarten konnten. Die selbsternannte „Reformpartnerschaft“ von SPÖ und ÖVP macht das genaue Gegenteil, sie verbessert die Lebensbedingungen der SteirerInnen nicht, sie verschlechtert sie.

„Wie geprügelte Hunde“

Drei Abgeordnete der SPÖ sind auch ÖGB-Funktionäre und haben vor dem Budgetbeschluss gegen ihren eigenen Landeshauptmann demonstriert. Drei Tage vor der Sitzung erklärte SPÖ-Abgeordneter Klaus Zenz in der Kronen Zeitung: „Wir werden uns weder wie geprügelte Hunde davonschleichen, nicht im Krankenstand sein und auch nicht am Klo warten, sondern mit der Opposition definitiv dagegen stimmen.“ – Bei der Abstimmung waren sie dann aber doch am Klo. Die Mandatare hätten „ihr freies Mandat wahrgenommen und sich nach bestem Wissen und Gewissen verhalten“, kommentierte der steirische ÖGB-Vorsitzende Horst Schachner dieses Verhalten.

SPÖ und ÖVP sind fest dazu entschlossen, der steirischen Bevölkerung ein Belastungspaket zu schnüren, das keinen Stein auf dem anderen lassen wird. Der Schaden, der dabei angerichtet wird, wird mit Phrasen wie „Es gibt keine Alternative!“ schöngeredet. Bei jenen, bei denen SPÖ und ÖVP nun „sparen“ wollen, gibt es nichts, was auf die Seite gelegt werden kann. Was soll denn ein Mindestsicherungsbezieher auf die Seite legen? Was eine Wohnbeihilfenbezieherin?

Das, was SPÖ und ÖVP mit diesem Budget vorhaben ist der Beginn der Zerschlagung des Sozialsystems. Was der ÖVP 60 Jahre lang alleine nicht gelungen ist, vollzieht sie jetzt gemeinsam mit ihrer sogenannten Reformpartnerin, der SPÖ. Warum gerade für eine sozialdemokratisch geführte Regierung Budgetkonsolidierung zwingend gleichbedeutend mit Sozialab-



KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler kritisiert das unsoziale Belastungsbudget: „Die Regierung wird das Land kaputtverwalten.“

bau sein muss, ist wahrscheinlich nicht nur für mich absolut nicht nachvollziehbar. „Kürzung der Wohnbeihilfe“ und „Abschaffung der Pendlerbeihilfe“ sind übrigens auch nicht die Slogans gewesen, mit denen SPÖ und ÖVP in die Landtagswahl 2010 gezogen sind. Das Ziel, die Armut in der Steiermark zu bekämpfen, hat die Regierung längst aufgegeben.

Fortsetzung Seite 2

Das bringt das Landesbudget

- Tausende Arbeitsplätze im Sozialbereich gehen verloren
 - Abschaffung der Pendlerbeihilfe
 - Schließung von Spitälern und Streichung von Betten
 - Drastische Einsparungen bei Menschen mit Behinderungen
 - Kürzung der Wohnbeihilfe
 - Einführung des Pflegeregresses
 - Kindergartensteuer für Eltern
 - Kürzungen bei den Schwächsten durch die „Mindestsicherung“
 - Kürzungen bei Bildung, Kultur und der Jugendwohlfahrt
- ...und 425 Mio. Euro neue Schulden**

Das hat die Regierung „vergessen“

- Höhere Abgaben auf Glücksspielautomaten
- 15 % Einsparungen bei Parteienförderung
- Kürzung der Polit-Einkommen
- Gerechte Besteuerung großer Vermögen und Privatstiftungen
- Sparen bei Prestigeprojekten und Events



Der KPÖ-Landtagsklub unterstützte die Großdemonstrationen gegen die unsoziale Politik der Landesregierung, die in Summe über 30.000 Menschen auf die Straße brachten.

Fortsetzung von Seite 1

Auch Landesrat Schrittwieser hat gesagt: „Es gibt keine Alternative.“ – Aber das stimmt nicht. Es gibt immer eine Alternative! Und es stimmt auch nicht, dass „alles noch viel schlimmer kommt, wenn wir jetzt nicht diese Kürzungen machen“. Dazu muss man auch die Wahrheit sagen: Es ist nicht zu wenig Geld vorhanden. In Österreich ist so viel Geld vorhanden wie nie zuvor. Derzeit gibt es über 2000 Milliarden Euro Geldvermögen. Das ist mehr als 100 Mal so viel wie der Staat für sämtliche Pensionen aufwendet. Und mehr als 70 Mal so viel wie das gesamte Gesundheitssystem kostet.

Arme werden ärmer, Reiche reicher

Armut und Reichtum nehmen in Österreich gleichzeitig zu. Eine Mio. erwachsene Menschen haben weniger als 780 Euro im Monat. Ihre Zahl nimmt zu. Ca. 250.000 Menschen haben mehr als 70.000 Euro Jahreseinkommen und ihr Vermögen nimmt zu. Mittlerweile belasten 92% aller Steuern die Erwerbseinkommen, aber nur mehr 6% die Vermögen. Österreich hat die niedrigsten Vermögenssteuer-

sätze in der OECD.

Der Wirtschaftsaufschwung, von dem Finanzlandesrätin Vollath in ihrem Budgetentwurf spricht, der findet für die große Mehrheit der Menschen in diesem Land schlicht nicht statt. Der Aufschwung ist einer für die Konzerne, die sich mittlerweile wieder dumm und dämlich verdienen, und es ist natürlich auch ein Aufschwung für die Milliardäre, deren Vermögen weiter steigen und immer gestiegen sind – auch im bis dato schwersten Krisenjahr 2009.

Es müsste der Politik ein Anliegen sein, Wohlstand für alle zu schaffen. Der Wohlstand für den Großteil der Menschen steigt nicht, sondern er sinkt.

Trotz aller Einsparungen beläuft sich die Neuverschuldung des Landes auf 425 Mio. Euro. Das Land Steiermark kann aus eigener Kraft keinen ausgeglichenen Haushalt erreichen. Um die wahren Hintergründe dieser unsozialen Belastungspakete zu durchschauen, muss man den Blick über den Tellerrand wagen, muss man über die Grenzen der Steiermark hinausschauen: Es ist viel Geld vorhanden in Österreich – allerdings dient dieses Geld im Kapitalismus nicht den

Menschen und ihren Bedürfnissen, sondern es fließt dorthin, wo der meiste Profit zu holen ist.

Wo unser Geld hinfließt

Das globale Finanzcasino mit der EU als Wortführerin hat diese Politik im Interesse der Banken und Konzerne tatkräftig unterstützt. Zur Rettung des in der Weltwirtschaftskrise zusammengekrachten Systems hat auch Österreich mit Milliarden Euro private Banken gerettet. Der EU-Gipfel zwang Österreich wieder Milliardenzahlungen für den Euro-Rettungsschirm auf. Die aufgenommenen Mittel müssen verzinst wieder zurückgezahlt werden, vom Rettungsschirm profitieren also auch zahlreiche Banken der Geberländer. Am Beispiel der griechischen und der irischen Bevölkerung haben wir gesehen, dass die Zeche die Bevölkerung zahlt, denn die Bedingung, dass ein Land Hilfe aus dem Rettungsschirm erhält, sind tiefe soziale Einschnitte.

Die Finanzkrise, die aufgrund extrem riskanter Spekulationen privater Banken, Investmentbanken und Hedgefonds entstanden ist, hat zu einer Verschuldungskrise der Staaten geführt.



In vielen Ländern erfolgt der Abbau der Schulden durch einen radikalen Angriff auf den Lebensstandard der Bevölkerung, die steirische Landesregierung will nun genau diesen Weg gehen. Aber dieser Weg ist falsch weil er in die Sackgasse führt. Weil die Bevölkerung, die die Krise nicht verursacht hat, nun für jene aufkommen muss, die ihr Geld in „geretteten“ Banken haben. Die gesamte Bevölkerung muss dafür büßen, dass sich die Politik den Banken verkauft und Milliarden an Steuergeld dafür eingesetzt hat und einsetzt, um die Finanzkonzerne vor der Pleite zu retten. Während einerseits gekürzt wird und den Menschen gesagt wird „wir müssen den Gürtel enger schnallen“, wird auf den Finanzmärkten munter weitergezockt, als hätte es nie eine Krise gegeben!

Landesbudget: Alternativkonzept der KPÖ

Trotz aller Kürzungen im Doppelbudget beläuft sich die Neuverschuldung des Landes auf 425 Mio. Euro. Ohne Erhöhung der Ertragsanteile steht das Land Steiermark auf verlorenem Posten.

1. EINNAHMEN

Nahverkehrsabgabe

Einer Nahverkehrsabgabe für Unternehmer (nach Wiener Beispiel), würde 11 Millionen Euro bringen.

Abgabe auf Glücksspielautomaten

Die Erhöhung der Abgaben auf Glücksspielautomaten würde etwa 20 Mio. Euro bringen. Eine weitere Anhebung auf Wiener Niveau (1400 Euro pro Automat und Monat) würde weitere 20 Mio. an Einnahmen ermöglichen.

Naturnutzungsabgabe („Schottersteuer“)

Eine Naturnutzungsabgabe für Schotter und Kies (wie in NÖ), würde rund 3,1 Mio. Euro/Jahr bringen.

Flächenversiegelungsabgabe

Eine Abgabe für Einkaufszentren wäre bis zu 10 Milli-

onen Euro ins Land bringen.

2. EINSPARUNGEN

Eventpolitik

Bereits jetzt wurden 150 Millionen für Schladming ausgegeben. Die Ski-WM könnte auch sparsamer durchgeführt werden.

Der Vertrag über den A1-Ring sieht eine finanzielle Belastung des Landes von 120 Mio. Euro über 67 Jahre vor.

Parteienförderung

Die Parteienförderung wird lediglich um zwei Prozent gekürzt. Eine Reduzierung um 25 Prozent würde 4,5 Mio. Euro bringen.

Wirtschaftsförderungen

Förderungen an Konzerne sind wirtschaftspolitisch sinnlos. Gefördert sollen nur mehr Klein- und Mittelbetriebe werden.

Zinsmoratorium

Ein Zinsmoratorium auf fünf Jahre (Eckzinssatz) würde dem Land große Summen ersparen. Das Land Steiermark bezahlt jährlich über 70 Millionen Euro an Zinsen, ausgegliederte Schulden (wie jene der KAGes) noch gar nicht einbezogen.

3. ERTRAGSANTEILE

Ohne einen neuen Finanzausgleich, neue Verteilung der Ertragsanteile, kann es zu keinem ausgeglichenen Budget kommen. Zwei Drittel des Steueraufkommens setzen sich aus Massensteuern zusammen, v.a. Lohnsteuer, Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer. Hier darf es keine weiteren Belastungen geben!

Vermögenssteuern!

Abschaffung der Steuerprivilegien von Privatstiftungen sowie eine Grundsteuer auf großen Immobilienbesitz würde 90 Prozent der Bevölkerung nicht treffen.

KPÖ wirkt



Impressum/Medieninhaber:
KPÖ Steiermark, Lagergasse
98a, 8020 Graz. Verlags- und
Herstellungsort: Graz. Tel. (0316)
877 5102; Fax (0316) 877 5108.
E-Mail: ltk@stmk.gvat // DVR:
0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

ch mittlerweile zur „Plattform 25“ zusammengeschlossen, darunter
 ngen, die um die Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen kämp-
 B mit. Gemeinsam setzten Betroffene, die Plattform 25, Oppositions-
 tantes Zeichen gegen den Sozialabbau in unserem Bundesland.



Nur ein politischer Kurswechsel kann helfen!

Das Land Steiermark braucht neue Einnahmen! Und damit meine ich selbstverständlich keine neuen Massensteuern, die wiederum die Bevölkerung treffen, sondern ich meine Einnahmen, in der Höhe von rund 45 Millionen Euro jährlich, die den Großteil der Steirerinnen und Steirer überhaupt nicht belasten würden. Die Einführung einer Nahverkehrsabgabe, einer Erhöhung der Abgabe auf Glücksspielautomaten, einer Naturnutzungsabgabe würden das Budget nicht retten. Aber jede zusätzliche Einnahme

könnte eine geplante Kürzung verhindern. Bei den genannten Beispielen müsste man sich halt mit der Glücksspielindustrie und den steirischen Schotterbaronen anlegen und das erfordert mehr Mut, als ein Budget auf Kosten der sozial Schwachen zu machen. Und diesen Mut hat die steirische Landesregierung offensichtlich nicht. Sie hat auch offensichtlich nicht den Mut, mit gutem Beispiel voran zu gehen und bei sich selbst zu sparen! Die Forderung nach der Senkung der PolitikerInnengehälter wird belächelt und die Kürzung bei den Parteienförderungen ist eine Augenauswischerei!

KPÖ fordert Rücktritt von VP-Abg. Kasic

Klubobfrau Klimt-Weithaler: Glücksspiel-Industrie darf nicht länger Landespolitik diktieren!

Am Ende der letzten Landtagsperiode wurde eine kleine Gebührenerhöhung bei Glücksspielautomaten beschlossen. Viele Initiativen, die vor allem von der KPÖ ausgegangen sind, wurden systematisch abgeblockt – egal, ob es um Spielsucht, Jugendschutz oder um Manipulationsverdacht bei Automaten ging. Geleitet wurde der zuständige Landtagsausschuss vom Glücksspiellobbyisten und VP-Abgeordneten Wolfgang Kasic. Zuletzt wurde bekannt, dass die Automatenaufsteller in einer konzertierten Aktion die Gebührenerhöhung mit einer Flut von Einsprüchen torpedieren. Das Land hat Einnahmenverluste in Millionenhöhe. Drahtzieher der Aktion: LAbg. Kasic. Im aktuellen Suchtbericht des Landes wurde auf das Thema Spielsucht „vergessen“, obwohl im letzten Suchtbericht alarmierende Zahlen präsentiert werden – die Rede ist von 60-80.000 Steirerinnen und Steirern, die von Spielsucht betroffen sind. Nun enthüllte die Wochenzeitung Falter, das in der Zeitung „BezirksRevue“, deren Herausgeber Wolfgang Kasic ist, jah-

relang in jeder Ausgabe ganzseitige Inserate der Novomatic-Tochter Admiral Sportwetten erschienen sind. Damit ist in den Augen von KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Das Maß ist voll: mittlerweile ist nachgewiesen, dass Kasic selbst hinter der Einspruchswelle gegen die Automatengebühr steht. Dass sein eigenes Unternehmen aber auch Geld des größten österreichischen Glücksspielkonzerns kassiert, ist der Gipfel der Unverschämtheit. Wir haben immer darauf hingewiesen, dass Kasics Tätigkeit im Landtagsausschuss unvereinbar mit dessen Tätigkeit als Kammerfunktionär ist. Dass aber auch private finanzielle Interessen im Spiel sind, wirft kein gutes Licht auf den Landtag. Wolfgang Kasic sollte die Konsequenzen aus diese Affäre ziehen und sein Mandat niederlegen. Jeder Tag, den er nach den neuesten Enthüllungen weiter im Landtag verbleibt, ist eine Beleidigung für die tausenden Steirerinnen und Steirer, deren Leben durch Spielsucht oder spielsüchtige Angehörige ruiniert worden ist.“

Parteienförderung: Bei sich selbst sparen SPÖ und ÖVP nicht

KPÖ-LAbg. Werner Murgg kritisiert unehrliche Berechnung: Reale Kürzung beträgt statt angekündigter 15 lediglich 5 Prozent.

Viele Stunden dauerte die Debatte um das Doppelbudget, das den größten sozialpolitischen Rückschritt in der Steiermark in der Geschichte der Zweiten Republik bedeutet. Während sich SPÖ und ÖVP weder in der Gesundheits-, noch in der Bildungs-, Kultur- und Sozialpolitik Gesprächsbereit zeigten und kaltschnäuzig jede Kritik am Budget an sich abperlen ließen, weigerten sie sich, bei der Parteienförderung dieselben Maßstäbe anzusetzen wie etwa bei Menschen mit Behinderung. Im Rahmen der Budgetdebatte brachte die KPÖ den Antrag

ein, die Parteienförderung wie von SPÖ und ÖVP angekündigt um 15 % zu kürzen und auf eine automatische jährliche Anhebung zu verzichten. Die „Reformpartner“ lehnten den Vorschlag ab. Real werden den Parteien nun lediglich ca. fünf Prozent gekürzt, die Differenz ergibt sich aus einer unehrlichen Zahlenspielerlei, wie KPÖ-LAbg. Werner Murgg aufzeigte: Durch die Auszahlung einer nicht budgetierten Förderung am Ende der vergangenen Periode wurde die Höhe der Parteiförderungen künstlich in die Höhe geschraubt, dieser Betrag fällt nun

wieder weg. Ein Vergleich mit dem Vorjahr suggeriert deshalb eine Kürzung um 15 Prozent, obwohl in Wirklichkeit beinahe dieselbe Förderung ausbezahlt wird wie im Vorjahr. Murgg: „Angesichts dessen, dass in sozial sensiblen Bereichen empfindliche Kürzungen vorgenommen werden, ist es ein Hohn, dass gerade die politischen Parteien mit Samthandschuhen angefasst werden. Die Parteienförderung soll außerdem ab 2012 wieder valorisiert werden. Gleichzeitig werden aber diverse Beihilfen für die Bevölkerung, etwa die Wohn-



KPÖ-LAbg. Werner Murgg

beihilfe, seit Jahren nicht mehr wertangepasst.“

Nur KPÖ für Kürzung der Politikergehälter

Die Politiker sollten bei sich selbst sparen. Deshalb brachte die KPÖ neuerlich den Antrag ein, die Bezüge der Landespolitiker um 30 Prozent zu kürzen. Der Antrag wurde von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt. Ein weiterer KPÖ-Antrag, die Ausgaben für die Ski-WM in Schladming, immerhin rund 150 Millionen Euro, um 25 Prozent zu kürzen, wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und FPÖ abgelehnt.



Schließungsorgie bei Landesspitälern

Geht es nach Spitalslandesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP), soll es bei den Landesspitälern zu einer wahren Schließungsorgie von Abteilungen kommen. Ein Standort steht direkt auf der Schließungsliste: Hörgas-Enzenbach.

Folgende Abteilungen sollen geschlossen werden: die

Unfallchirurgien in Schladming und Rottenmann werden nur mehr als Satellitendepartments von Bruck geführt, der Standort Mariazell verliert die Bettenstation, in Bruck wird die Gynäkologie aufgelassen.

In Wagna gibt es keine Geburtenstation mehr. Die Chirurgien in Bad Aussee, Mürrzuschlag

und Voitsberg werden „evaluiert“: das heißt auch diese Abteilungen von der Schließung bedroht, obwohl der Landtag in seiner letzten Sitzungsperiode mit den Stimmen der ÖVP, KPÖ und einer Grün-Stimme, nach heftigen Protesten der Bevölkerung, ausdrücklich den Fortbestand der chirurgischen Abteilungen in Mürrzuschlag und Bad Aussee beschlossen hat. Insgesamt sollen elf Prozent, das sind mehr als 700 Spitalsbetten, gestrichen werden. Diese Maßnahmen wurden der Gesundheitsplattform zur Diskussion vorgelegt und sollen in diesem Gremium im April beschlossen werden. In der Gesundheitsplattform sind von den Landtagsparteien lediglich SPÖ und ÖVP stimmberechtigt. Die KPÖ hat im Landtag den Antrag gestellt, der Landtag solle der Gesundheitsplattform empfehlen, diese Schließungsmaßnahmen abzulehnen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Werner Murgg (KPÖ) erinnerte vor allem die ÖVP an ihr seinerzeitiges Versprechen, die Chirurgien Bad Aussee und Mürrzuschlag nicht zu schließen. Werner Murgg: „Bei der ÖVP gilt leider der Satz: Was gestern versprochen wurde, ist heute vergessen.“ Murgg erinnerte daran, daß die Kürzungspläne bei den Spitälern auch am Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Werner Murgg: „Den Krankenschwestern und Pflegern die Gehaltsvorrückungen und die Nachtdienste zu kürzen lehnen wir ab. Das würde deutliche Gehaltseinbußen bedeuten.“ In weiteren Anträgen sprach sich die FPÖ für die Beibehaltung des Standortes Hörgas-Enzenbach, der Chirurgie in Mürrzuschlag und der Bettenstation in Mariazell aus. Auch diese Anträge wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Barbara Riener (ÖVP) befürwortet die Einsparungspläne. Riener: „Ich danke Edlinger-Ploder für ihren Mut und ihre Weitsicht.“

Gesundheitsversorgung: Totale Gesprächsverweigerung von SPÖ und ÖVP

LAbg. Murgg (KPÖ): Regierung ist nicht bereit, Betroffenen zuzuhören

Bei der letzten Sitzung der Steirischen Gesundheitsplattform ist es zu Ungereimtheiten gekommen, die im Rahmen des Budgetlandtags auch Thema einer Dringlichen Anfrage der KPÖ waren. Bekanntlich teilte ein ehemaliger ÖVP-Abgeordneter mit, dass ihm durch Gesundheitslandesrätin Edlinger-Ploder das Stimmrecht entzogen worden sei, weshalb er nicht von der Möglichkeit Gebrauch machen konnte, gegen den Strukturplan zu stimmen, der die Einsparung zahlreicher Abteilungen in Spitälern und sogar die Schließung ganzer Krankenhäuser vorsieht. KPÖ-LAbg. Werner Murgg beantragte deshalb, die geplante Neustrukturierung des steiermärkischen Gesundheitssys-

tems zurückzunehmen und unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern aus den betroffenen Regionen Hörgas/Enzenbach, Stolzalpe, Voitsberg, Wagna, Bruck an der Mur und Mürrzuschlag zu überarbeiten. Der Antrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt, Grüne und FPÖ stimmten ihm zu. Murgg: „Genau wie beim Landesbudget ist die Regierung auch bei der Gesundheitspolitik nicht bereit, den Betroffenen auch nur eine Sekunde zuzuhören. Dabei geht es hier um sehr viele Arbeitsplätze, im Fall von Murau sogar um die Zukunft eines ganzen Bezirkes. Die Kaltschnäuzigkeit und Skrupellosigkeit, mit der SPÖ und ÖVP ihre Kahlschlagpolitik durchziehen, ist skandalös.“

Glücksspiel: KPÖ drängt im Landtag auf höhere Abgaben Werner Murgg (KPÖ): „Landtag muss handeln – nicht auf Lobbyisten hören“

Die KPÖ hat im Landtag erneut beantragt, die Abgabe auf Glücksspielautomaten auf Wiener Niveau (etwa 1400 Euro pro Automat und Monat) zu erhöhen. Die Steiermark ist das einzige Bundesland, in dem die Automaten, die nicht dem neuen Gesetz entsprechen, bis Ende 2015 betrieben werden dürfen. Auf Drängen der KPÖ wurde die Abgabe auf die Automaten am Ende der letzten Periode zwar erhöht, aber nicht im erforderlichen Ausmaß. So bleibt das Geschäft mit der Spielsucht weiterhin lukrativ, die Steiermark ist nach wie vor das Bundesland mit der höchsten Dichte an Spielautomaten. Besonders unverständlich, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg, sei aber gerade angesichts des Kahlschlags, der mit dem Lan-

desbudget auf vielen Ebenen drohe, dass das Land auf 20 Mio. Euro pro Jahr an Einnahmen verzichte. Murgg: „In der Steiermark werden Krankenhäuser geschlossen, auf Kosten von Menschen mit Behinderung und Jugendlichen, die besondere Unterstützung brauchen, soll das Budget saniert werden. Gleichzeitig gewährt das Land der Glücksspielbranche Steuerprivilegien im Ausmaß von 100 Millionen Euro. Uns ist schon bewusst, dass hier einflussreiche Lobbyisten agieren, aber gerade weil es hier nicht nur um Budgeteinnahmen, sondern auch um eine Maßnahme gegen die Spielsucht geht, kann es sich das Land nicht leisten, seine Möglichkeiten nicht auszuschöpfen oder noch länger zuzuwarten.“

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205

Platz für Adressaufkleber